



Niederschrift zur 10. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen

Sitzungstermin: Mittwoch, den 02.09.2009
Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr
Sitzungsende: 23:05 Uhr
Ort, Raum: **Bürgerhaus Wünsdorf (großer Saal), Am Bürgerhaus 1 in
15806 Zossen, Ortsteil Wünsdorf**

Anwesend sind:

Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Frau Karola Andrae

Stadtverordnete(r)

Herr Sven Baranowski

Frau Melinda Bock

Frau Sabine Brumm

Herr Burkhard Degner

Herr Tim Grebe

Herr Peter Hummer

Herr Torsten Kniesigk

Herr Hermann Kühnapfel

Herr Hans-Jürgen Lüders

Herr Olaf Manthey

Herr Ralf Markwardt

Frau Susanne Michler

Frau Petra Miersch

Herr Andreas Noack

Herr Carsten Preuß

Herr Dr. Rainer Reinecke

Herr Erwin Rust

Frau Waltraud Schröder

Herr Reinhard Schulz

Herr Jürgen Steinert

Frau Gudrun Timm

Herr Konrad Tschorn

Herr Rolf von Lützw

Frau Freifrau Maria von Schrötter

Herr Rainer Zurawski

Bürgermeisterin

Frau Michaela Schreiber

Frau Michaela Schreiber

Amtsleiterin Kämmerei

Frau Andrea Hollstein

Amtsleiter Bauamt

Herr Sven Marks

Wirtschaftsförderung

Herr Günter Grunow

Protokollantin

Frau Miriam Heinrich

Gäste

Bürger ca. 70
Herr Fred Hasselmann MAZ

Es fehlen:

Stadtverordnete(r)

Herr Wilfried Käthe entschuldigt
Frau Sylvia Menges entschuldigt

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung durch die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Frau Andrae, eröffnet um 19:04 Uhr die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Von den 28 Stadtverordneten sind derzeit 23 anwesend. Die Sitzung ist somit beschlussfähig.

Frau Andrae verliest vor Beginn der Sitzung ein Statement. Dieses ist als Anlage 1 dem Protokoll beigelegt.

Ab 19:05 Uhr nimmt Herr Markwardt an der Sitzung teil. Die Beschlussfähigkeit erhöht sich damit auf 24 Anwesende.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung

Auf die Nachfrage von Frau Andrae, ob es Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt, entbrennt eine heftige Diskussion zwischen den Anwesenden. Frau von Schrötter beantragt, den Punkt Petitionen aus dem nichtöffentlichen Teil in den öffentlichen Teil zu verschieben. Gleiches gilt für den Tagesordnungspunkt Dienstaufsichtsbeschwerden. Frau Schreiber weist Frau von Schrötter ausdrücklich darauf hin, dass Petitionen im nichtöffentlichen Teil zu behandeln sind, da bei diesen Themen persönliche Belange von nicht anwesenden Personen besprochen werden sollen.

Herr Preuß stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt 14 aus dem nichtöffentlichen Teil in den öffentlichen Teil der Sitzung vorzuziehen. Des Weiteren bittet er um Auskunft, warum die neue Hauptsatzung nicht auf der Tagesordnung steht.

Frau Michler weist darauf hin, dass zunächst einmal die Nichtöffentlichkeit hergestellt werden muss, um über den Antrag von Herrn Preuß abstimmen zu können.

Es folgt eine erschöpfende, kontroverse Diskussion zu diesem Thema.

Herr Tschorn bittet die Ausschussvorsitzende darum, auf der Tagesordnung zukünftig ausführlicher die Themen zu benennen.

Da Frau von Schrötter auf ihrem Antrag besteht, stellt Frau Andrae um 19:25 die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung

Um 19:49 Uhr ist die Öffentlichkeit der Sitzung wieder hergestellt.

Frau Andrae informiert die anwesenden Gäste darüber, dass der Antrag von Frau Schrötter abgelehnt wurde und somit weiterhin im nichtöffentlichen Teil über die Petitionen gesprochen wird.

zu 4 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschriften über den öffentlichen Teil der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung vom 03.06.2009, der Folgesitzung vom 10.06.2009 (Wiedervorlage) und vom 08.07.2009

Niederschrift 03.06.2009/10.06.2009

Die Anwesenden diskutieren ausführlich über ein 2-seitiges Statement von Herrn Preuß zu dieser Niederschrift. Dieses Statement möchte Herr Preuß an die Niederschrift angehängen haben.

Frau Schreiber weist ausdrücklich darauf hin, dass keine Wortprotokolle verfasst werden. Möchte ein Redner, dass sein Beitrag wörtlich zu Protokoll genommen wird, muss er zuvor ausdrücklich darauf hinweisen und dem Protokoll unmittelbar danach den Beitrag schriftlich zur Verfügung stellen. Dies hat Herr Preuß nicht getan.

Frau von Schrötter stellt den Antrag, dass nicht über die Niederschrift abgestimmt wird und der Wortbeitrag von Herr Preuß noch mal an alle versandt wird.

Ab 19:58 Uhr ist Frau Timm anwesend. Es sind nunmehr 26 Stadtverordnete anwesend.

Herr Baranowski:

Ich stelle den Antrag, die Protokollkontrolle zu vertagen und Herr Preuß pickt die Sätze selber raus, die er im Protokoll haben will.

Frau Andrae:

Die Niederschrift wird von der Tagesordnung genommen und Herr Preuß reicht eine gekürzte Fassung seines Redebeitrages ein.

Abstimmung: 25 x ja, 0 x nein, 1 x Enthaltung

Niederschrift 08.07.2009

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmung: 20 x ja, 3 x nein, 3 x Enthaltung

zu 5 Bericht aus der Verwaltung

Der Bericht aus der Verwaltung wurde vor der Sitzung an die Stadtverordneten verteilt. Er umfasst folgende Punkte, zu denen Frau Schreiber jeweils kurze Ausführungen macht:

1. Grundschule Zossen
2. Kita Nächst Neuendorf
3. Grundschule Wünsdorf
4. Kita Waldstadt
5. Kita Nesthäkchen
6. Grundschule Dabendorf
7. Hort Dabendorf
8. Kita Pfiffikus
9. Freizeitpark Kallinchen
10. Kita Glienick
11. Öffentliche Spielplätze
12. Neubesetzung der Stelle im Hochbau
13. Auszubildende
14. Kita-Personal
15. Weinfest vom 04. bis 06.09.2009
16. Ehrung von engagierten Bürgern der Stadt Zossen
17. Besichtigungstermin für Stadtverordnete und Ortsbeiräte

zu 6 Informationen zu Sitzungen des Zweckverbandes "Komplexsanierung mittlerer Süden", des MAWV und des WARL

Frau Schreiber:

Die Zweckverbände haben in der Sommerpause auch nicht getagt. Ich möchte noch mal alle Stadtverordneten bitten, mir beim Thema KMS zu helfen. Sie haben einen dicken Umschlag mit unseren Beschlüssen erhalten. Ich bitte darum, dass sich entweder die

Stadtverordneten oder ein Ausschuss die Unterlagen durchsehen. Ich bitte Sie, mich weiterhin dahingehend zu unterstützen, ob wir noch weitere Anträge stellen sollen, um das Thema für die Bürger gerechter zu gestalten. Im Moment ist vorgesehen, dass bis Ende September die Kalkulationsgrundlagen dargestellt werden. Einen genauen Termin kann ich Ihnen nicht sagen. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kalkulationsgrundlagen nicht nur in der Verbandsversammlung vorgestellt werden, sondern auch im Gremium Stadtverordnetenversammlung. Ich würde dann darum bitten, dass die Kalkulationen in der Stadtverordnetenversammlung vorgestellt werden. Herr Manthey und ich müssen hinterher im Verband abstimmen.

Eine große Mehrheit der anwesenden Stadtverordneten nickt zustimmend. Eine weitere Wortmeldung gibt es nicht.

zu 7 Einwohnerfragestunde

Beginn der Einwohnerfragestunde: 20:20 Uhr

Herr Wanke liest ein Statement der Bürgerinitiative für eine Bahnquerung in der Ortsmitte Dabendorfs (BI) vor. Hierbei geht es darum, dass die Dabendorfer Bürger nach Meinung der BI nicht ausreichend an der Entscheidungsfindung zur Nordumfahrung Dabendorf beteiligt wurden. Nach Meinung der BI war die Bürgerbeteiligung zur Nordumfahrung Dabendorf nicht gelungen. Weiterhin richtet er einige Fragen an die einzelnen Fraktionen und bittet um sofortige Beantwortung.

Um 10:28 Uhr trifft Herr von Lützwow ein. Es sind nunmehr 27 Stadtverordnete anwesend.

Frau Schreiber erklärt ausdrücklich, dass die Bahnquerungen Dabendorf seit 2007 Thema waren und es von Anfang an Bürgerversammlungen gab, zu denen auch ordnungsgemäß eingeladen wurde bzw. die ebenfalls bekanntgemacht wurden. Sie wäre gerne auch zu der von der BI einberufenen Versammlung eingeladen worden. Sie fragt die BI ob sie für einen Tunnel oder eine Brücke in der Dorfmitte ist und bittet darum, ihr die Unterschriftensammlung zu überreichen. Weiterhin berichtet Frau Schreiber, dass die Rangsdorfer Straße für den LKW-Verkehr ausgebaut werden soll. Dies ist nicht richtig und war zu keinem Zeitpunkt im Gespräch. Viele Bürger haben nur unterschrieben, weil sie diese falsche Information von den Unterschriftensammlern der BI erhalten haben. Frau Schreiber fordert die BI auf, diesen Sachverhalt dringend mit ihren Unterschriftensammlern zu klären, da solche Lügen nicht im Raum stehen bleiben dürften. Sie weist Herrn Niestlé ausdrücklich darauf hin, dass er ebenfalls von Anfang an, an den Bürgerversammlungen teilgenommen hat und das ganze Thema kennt. Es ist glatt falsch vorgetragen, wenn von der BI gesagt wird, dass hier Steuergelder verschwendet werden.

Die von Herrn Niestlé im Fortgang der Diskussion mehrfach eingebrachte Behauptung, er sei als Lügner bezeichnet worden, weist Frau Schreiber entschieden zurück. Sie habe lediglich die offenbar falschen Informationen von Unterschriftensammlern der BI bezüglich der Rangsdorfer Straße als Lüge bezeichnet.

Einige Bürger Dabendorfs weisen darauf hin, dass die Bürgerbeteiligung sehr wohl korrekt gewesen sei und dass bei ihnen in der Siedlung überhaupt noch keine Umfragen/Unterschriftensammlungen stattgefunden hätten. Von Herrn Wanke würde etwas konstruiert werden.

Die Fraktionsvorsitzenden beantworten nacheinander die von Herrn Wanke zuvor gestellten Fragen.

Frau Andrae unterbricht die Sitzung um 21:12 Uhr.

Fortführung der Sitzung um 21:25 Uhr.

Herr Kühnapfel fordert die BI nachdrücklich auf, zu sagen, was sie eigentlich will.

Herr Baranowski stellt den Antrag, die Sitzung frühestens nach TOP 9.1 zu beenden.

Abstimmung: 26 x ja, 0 x nein, 0 x Enthaltung

Ende der Einwohnerfragestunde um 21:41 Uhr.

zu 8 **Anfragen und Mitteilungen der Stadtverordnetenversammlung**

Es werden ausführlich Anfragen und Mitteilungen der Stadtverordneten erörtert und diskutiert. Unter anderem geht es um die Morddrohungen gegen Herrn Wanke. Frau von Schrötter stellt fest, dass die Berichterstattung in der MAZ dieses Mal auch sehr adäquat war.

Herr Noack liest einen neuen Antrag vor und kündigt an, diesen an die Fraktionen zu übergeben.

Herr Preuß bittet um Beantwortung seiner vorab per Mail an die Verwaltung gerichteten Fragen. Frau Schreiber teilt mit, dass er die geforderten Antworten schriftlich erhalten wird, da die Mail erst kurzfristig bei der Verwaltung eingegangen war.

Herr Kühnapfel richtet ebenfalls 3 Fragen an die Verwaltung:

1. Auskunft zu den Gerichtsverfahren – bittet um schriftliche Auflistung
2. Anfrage zur Peilhütte in Glienick
3. Breitbanderschließung der Telekom in Glienick – aktueller Sachstand

Frau Andrae weist Herrn Kühnapfel darauf hin, dass sie vor Beginn der Sitzung ausführlich über die laufenden Gerichtsverfahren berichtet hat.

Frau Schreiber:

zu 2: Die Peilhütte wurde in den Ausschüssen diskutiert. Es wäre eine Sanierung mit einem Betrag von 20 – 30 T€ nötig.

zu 3.: es gibt keine Mitteilung seitens der Telekom, dass diese nicht mit der Erschließung des Breitband-Internets in Glienick fortfahren wird.

Herr Schulz bemängelt, dass das Weinfest nicht geeignet ist, um Ehrungen vorzunehmen. Besser wäre das Fest der Vereine.

Frau Schreiber macht nachdrücklich darauf aufmerksam, dass sich die Ortsvorsteher mehrheitlich für das Weinfest entscheiden haben. Das Fest der Vereine hatte noch nie etwas mit der Stadt zu tun. Das Fest der Vereine mit städtischen Ehrungen zu verbinden, würde den Charakter des Festes stören.

Herr Tschorn bittet ebenfalls um Beantwortung seiner Fragen in schriftlicher Form zu Bauarbeiten und Kosten am Wünsdorfer/Neuhofer Weg.

Frau Schreiber erklärt Herrn Tschorn, dass er keinerlei Anspruch darauf hat, dass seine Fragen schriftlich beantwortet werden. Des Weiteren wurden diese Fragen bereits ausführlich in den Haushaltsdebatten 2007 und 2008 und bei der Beschlussfassung zu den Prioritäten erörtert. Im übrigen beantwortet Frau Schreiber die Anfrage nun mündlich.

Der Tagesordnungspunkt 8 wird um 22:21 Uhr beendet.

zu 9 **Beschlussvorlagen**

zu 9.1 **Bau der neuen Kita in Wünsdorf** **Vorlage: 083/09**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. *Den Bau einer neuen Kita im OT Wünsdorf mit einer Kapazität für 160 Kinder (80 Kinder 0 – 3 Jahre; 80 Kinder 3 – 6 Jahre).*
2. *Die Kita wird auf der stadteigenen Fläche an der B 96 gegenüber vom Wünsdorfer Platz gebaut, in der Anlage als Standort 3 bezeichnet.*

3. Die Kita wird in zweigeschossiger Bauweise mit Vollküche gebaut, im Baukostenvolumen von 2,3 Mio. €, in der Anlage als Variante 2 bezeichnet.
4. Bei der Änderung des Bebauungsplanes „Am Bahnhof Wünsdorf“ wird die Fläche als Sondernutzungsfläche Kita ausgewiesen.
5. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, alle erforderlichen Maßnahmen durchzuführen, um den Bau der Kita bis spätestens Frühjahr 2011 fertig gestellt zu haben.

Frau Brumm erklärt ihre Empörung über den vorliegenden Beschluss. Nach ausführlicher Problemdarstellung stellt Frau Brumm den Antrag, gegen den vorliegenden Beschluss zu stimmen und den alten Beschluss (Standort Martin-Luther-Str., 160 Kinder) zu bestätigen.

Herr Noack beantragt, namentlich abzustimmen.

Frau Michler erklärt ihre Verunsicherung darüber, dass Frau Brumm anscheinend vergessen hat, dass in den Sommerferien zwei Arbeitsberatungen zu diesem Thema stattgefunden haben und dass die heute vorliegende Beschlussvorlage auf den Ergebnissen der dort erarbeiteten Sachlagen basiert.

Frau Schreiber weist alle anwesenden Stadtverordneten ausdrücklich darauf hin, dass, wenn dem Antrag von Frau Brumm stattgegeben wird, sie diesen Beschluss beanstanden wird und muss, da die finanziellen Mittel für den Bau dieser Kita nicht ausreichen. Im Haushalt sind lediglich 2,3 Mio. € eingeplant. Dieser Bau würde jedoch mindestens 2,67 Mio. € kosten. Eine Deckung im Haushalt liegt also nicht vollständig vor.

Herr Tschorn stellt den Antrag zur Geschäftsordnung über den Antrag von Frau Brumm abzustimmen.

Abstimmung zum Antrag von Herrn Tschorn: 16 x ja, 7 x nein, 3 x Enthaltung

Herr Zurawski macht im Namen des Ortsbeirates Wünsdorf deutlich, dass sich dieser für den Standort Wünsdorfer Platz ausgesprochen hat. Herr Jungbluth schließt sich dieser Meinung ausdrücklich an.

Frau Andrae:

Da der Antrag von Frau Brumm der weiter reichende Antrag wäre, da er der teuerste ist, stimmen wir zunächst über diesen ab.

Frau Schreiber:

Als Verwaltung weise ich darauf hin, dass wenn der Beschluss von Frau Brumm angenommen wird mit 2,7 Mio. €, ich diesen beanstanden werde, weil der Finanzrahmen nicht abgedeckt wäre.

Frau Andrae:

Der Beschlussantrag lautet also wie folgt: Standort Martin-Luther-Straße, 160 Kinder, 2,67 Mio. €. Es erfolgt die namentliche Abstimmung:

Frau Andrae	nein	Frau Michler	nein
Herr Baranowski	nein	Frau Miersch	ja
Frau Bock	ja	Herr Noack	nein
Frau Brumm	ja	Herr Preuß	ja
Herr Grebe	ja	Herr Dr. Reinecke	ja
Herr Hummer	nein	Herr Rust	ja
Herr Kniesigk	nein	Frau Schreiber	nein
Herr Kühnappel	nein	Frau Schröder	nein
Herr Lüders	ja	Frau von Schrötter	ja
Herr v. Lützow	ja	Herr Schulz	ja
Herr Manthey	nein	Herr Steinert	ja
Herr Markwardt	nein	Frau Timm	ja
		Herr Tschorn	ja
		Herr Zurawski	nein

Abstimmung: 14 x ja, 12 x nein, 0 x Enthaltung. Damit ist der Antrag von Frau Brumm angenommen.

Frau Schreiber:

Ich möchte, dass das, was alle Fraktionen vor Gericht versprochen haben, eingehalten wird. Sie haben einen Beschluss von 2,7 Mio. € gefasst. Ich muss diesen Beschluss beanstanden. Finanzielle Mittel sind nicht ausreichend da. Durch die Beanstandung steht die Beschlussvorlage erneut auf der Tagesordnung und es kann nicht gebaut werden.

Frau Andrae unterbricht die Sitzung um 23:09 Uhr. Die Fortführung findet am Samstag, den 5. September um 8:00 Uhr statt.

Karola Andrae
Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Miriam Heinrich
Protokollantin

Niederschrift zur Fortführung der 10. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen

Sitzungstermin:	Samstag, den 05.09.2009
Sitzungsbeginn:	08:00 Uhr
Sitzungsende:	08:15 Uhr
Ort, Raum:	Bürgerhaus Wünsdorf (großer Saal), Am Bürgerhaus 1 in 15806 Zossen, Ortsteil Wünsdorf

Anwesend sind:

Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Frau Karola Andrae

Stadtverordnete(r)

Herr Peter Hummer
Herr Ralf Markwardt
Frau Susanne Michler
Herr Andreas Noack
Herr Reinhard Schulz
Herr Konrad Tschorn

Protokollantin

Frau Miriam Heinrich

Es fehlen:

Stadtverordnete(r)

Herr Sven Baranowski
Frau Melinda Bock

Frau Sabine Brumm
Herr Burkhard Degner
Herr Tim Grebe
Herr Wilfried Käthe
Herr Torsten Kniesigk
Herr Hermann Kühnapfel
Herr Hans-Jürgen Lüders
Herr Olaf Manthey
Frau Sylvia Menges
Frau Petra Miersch
Herr Carsten Preuß
Herr Dr. Rainer Reinecke
Herr Erwin Rust
Frau Waltraud Schröder
Herr Jürgen Steinert
Frau Gudrun Timm
Herr Rolf von Lützwow
Frau Freifrau Maria von Schrötter
Herr Rainer Zurawski
Bürgermeisterin
Frau Michaela Schreiber

Frau Andrae eröffnet um 8:10 Uhr die Sitzung und schlägt den Anwesenden vor, die einzelnen verbliebenen Tagesordnungspunkte durchzugehen und die Anträge zur Beratung in die Ausschüsse zu verweisen. Im Nichtöffentlichen Teil soll lediglich beschlossen werden, dass die Verwaltung aufgefordert wird, ausführliche Unterlagen zu den Petitionen und zur Dienstaufsichtsbeschwerde zur Verfügung zu stellen.

Herr Schulz stellt den Antrag auf Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Frau Andrae weist Herrn Schulz darauf hin, dass, wenn dieser Antrag aufrecht erhalten wird, es keine Verweisung von Anträgen in die Ausschüsse geben wird und auch keine Aufforderung an die Verwaltung Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Herr Tschorn unterstützt den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Schulz.

Frau Andrae stellt um 8:15 Uhr die Beschlussunfähigkeit der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung fest.
Es wird einen neuen Termin vor dem 30.09.2009 geben, auf dem die heute nicht geschafften Tagesordnungspunkte behandelt werden. Die Tagesordnung für den 30.09.2009 ist schon zu voll.

Frau Andrae schließt um 8:20 Uhr die Sitzung.

Karola Andrae
Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Miriam Heinrich
Protokollantin

Sehr geehrte Abgeordnete,
Sehr geehrte Frau Schreiber,
Sehr geehrte Mitarbeiter des Rathauses,
Werte Bürger,
Werte Presse,

ich möchte heute zu Beginn der Sitzung eine Information zu den Gerichtsverhandlungen am ... abgeben. Nun bin ich kein Jurist und vielleicht nenne ich einige Dinge nicht fachlich korrekt ich schildere die Sache so wie ich es erlebt habe. Die 6. Kammer tagte mit 3 Berufsrichtern + 2 Schöffen. Die Sitzung begann um 9.30 mit den Komplex Ortsbeirat Zossen. Hier war nur der Landkreis und die Stadt vertreten durch Frau Schreiber und Herr Kramer geladen. Ich saß schon als Zuhörer da und der Richter erkundigte sich schon bald nach meiner Person.

Der Richter stellte die Frage

„Warum wird geklagt?“

Der Hauptverwaltungsbeamte ist nicht ermächtigt eine Sitzung zu verhindern. Gleiches gilt für die Abwahl, sie lässt sich im Vorfeld nicht verhindern, hinterher wäre eine mögliche rechtliche Prüfung möglich. Ob dis erfolgreich ist wird heute nicht besprochen, hierzu hatte sich im Vorfeld eine andere Kammer schon beschäftigt (2. Kammer, Klage Lückes/Irrgang) und heute ist die Sache sowieso schon vorbei. Dann sollte ich erklären wie wir die Arbeit dann gemacht haben.

Der vors. Richter Hamm regte an die Klage zurückzunehmen.

Daraufhin zog Frau Schreiber die Klage

6K-587/06 – Anordnung einer Bekanntmachung

- eingestellt die Klägerin trägt die Kosten, Streitwert 5000€

6K 906/07

- eingestellt
- Klägerin trägt die Kosten
- Streitwert 76,30

Um 11 Uhr begann dann die richtige Runde zu der ich geladen war. Es traf noch Frau Miersch ein RA Keller. Für mich war es schon sehr verwunderlich, dass von der Fraktion „Die Linke“ und „VUB“ keine Vertreter da waren. Ich hatte mehr mals hingewiesen, dass alle Fraktionsvorsitzenden geladen sind. Herr RA Keller hat nie in einem Schreiben – das mir Freitag zugestellt wurde mitgeteilt dass alle Fraktionen geladen sind.

Dies bemängelte der Richter natürlich und auch die Abwesenheit des geladenen klagenden Bürgers Rust. Nun stellte er fest, dass H. Rust ohne Beschluss nicht handeln konnte und man evt. prüfen könnte ob es eine Privatklage ist. In Fällen wo die Kommunalaufsicht tätig wird kann die SVV sowieso nicht mehr vor Gericht handeln. Fraktionen haben kein Klagerecht, nur das Recht auf Information und Akteneinsicht. Alle Klagen haben keine Aussicht auf Erfolg.

Von Seiten des Gerichtes sieht man nur wie ein „gallisches Dorf“ mit der Landeshauptstadt haben wir die meisten Fälle anhängend. Es herrscht bei uns ein rauer Ton und der/die Unterliegenden müssen auch akzeptieren lernen.

Man bot uns/mir eine Meditation des Richters Pfennig an um zu erfahren wie man miteinander umgeht.

Einzelne Streitpunkte wurden nur gestreift und die Problematiken der fehlenden Beschlüsse der Vorgaben der Bauprojekte und den Baustopp ohne genehmigten Haushalt. Der vors. Richter ermahnte Frau Schreiber, dass sie hier über das Ziel hinausgeschossen ist und diese Vergaben nicht das Geschäft der laufenden Verwaltung sind und sein werden. Wenn der Hauptverwaltungsbeamte (HVB) keine Mehrheit findet kann das Projekt nicht starten, auch es gut gemacht ist. Die Abgeordneten sind diejenigen die das Projekt absegnen und sind die Arbeitgeber der Verwaltung. Der HVB muss so arbeiten, dass seine Abgeordneten in Mehrheit folgen auch wenn dies jungen dynamischen Kräften oft zu langsam ist.

Die Richter bezeichnen unsere Probleme wie „Tote Pferde“ satteln, die Dinge sind da (Bahnhofsvorplatz) und es wäre in die Zukunft zu blicken.

In dieser Beratung wurden 2 Pausen eingelegt was zu tun wäre. Ich erklärte Herrn RA Keller, dass er nicht legitimiert ist für die SVV- Zossen zu sprechen.

Bevor die Sitzung begann haben Herr RA Keller u. H. Kramer noch Schriftwechsel ausgetauscht deren Inhalt ich nicht kenne.

Die Richter bemerkten mehrmals dass keine Klage Aussicht auf Erfolg hat und man außer dem heute benannten AZ weitere (2 Wäschekörbe) hinter sich zu stehen hat.

In einem weiteren Redepart der Richter werde nochmals hingewiesen, dass Stadtverordnete keine Parlamentarier wie im Landtag sind. Stadtverordnete sind Teil der Verwaltung und werden bis auf wenige Ausnahmen, grundsätzlich nach außen durch den HVB vertreten. Dies sollten sich beide Seiten für die Zukunft merken.

In die 2. Pause wurden die Parteien geschickt sich Gedanken über die Rücknahmen der Klagen zu machen und Erklärungen abzugeben.

Denn wollte Frau Schreiber erst nicht zustimmen, da sie eigene persönl. Klagen mit dem Landkreis hat. Aber das wurde von den Richtern verworfen und auf Rücknahme gedrängt. Ich ging nicht mit Herrn Keller mit, ich hatte keine Legitimation.

Danach zog die Stadt zurück K6, 1802-06

K6, 1803-06

K6, 2231-06

K6, 230-07

K6, 231-07

K6, 232-07

K6, 233-07

K6, 777-07

K6, 1513-07

Einstellung:

1630

1631

Herr Keller zog zurück

K6, 1972-08

K6, 1973-08

K6, 1974-08

K6, 1975-08

K6, 2404-08

dann L 110/08

6K, 1462//08

6K, 1461/08

6K, 1675/08

6K, 1656/?

6K, 1629/08

6K, 1463/08

6K, 1656/08

6K, 1976/08

6K, 1977/08

6K, 1487/08

6K, 1979/08

verbleiben in meiner Mitschrift 4 AZ.

Danach gab jede Partei eine Erklärung zu Protokoll, die bereits im Amtsblatt abgedruckt war.

Den Sinn der Übernahm e der Anwalts- und Gerichtskosten die Kläger des RA Keller habe ich nicht verstanden, da lt. Gericht diese Klagen nicht gerichtsfähig waren. Ich war in diese Entscheidung des HVB nicht beteiligt.

Für die SVV habe ich eine eigene Erklärung abgegeben, da ich mich H. RA Keller nicht anschließen wollte um ihm nicht im Nachgang noch zu autorisieren. Danach wurde die Verhandlung geschlossen. Danach sprach ich noch am Richtertisch mit dem vors. Richter Hamm. Hier ging es um die Wahl und diesen Prozess.

Meine Frage war die, ob auch in diesem Fall die HVB nur die SVV vertreten darf. Er erklärte mir, dass es in diesem speziellen Fall von der Vertretung der HVB abriet und die Klagevertretung zulässt wenn es einen diesbezüglichen Beschluss der SVV gibt.

K. Andrae

Nachbemerkung: Zu dem Klagen um den Ortsbürgermeister Zossen habe ich die HVB angeschrieben zur Klärung des Sachverhaltes der Zahlung der Aufwandsentschädigung.

Mündlich lehnte diesen Sachverhalt ab. Schriftlich habe ich noch nichts. Ich werde daran erinnern.

Wünschen die Ausschüsse RSO + Finanzen hier die Federführung zu übernehmen.